

mische Machttheorie und der alteuropäische Code sind nicht (nur) Beschreibung der regulären Operationsweise des politischen Systems, sondern Elemente in einem Deutungskampf, in den die Systemtheorie mit ihrem Beschreibungsapparat eingestiegen ist. In diesem Deutungskampf hat Luhmann den technologischen Begriffssapparat dann mit einer beeindruckenden Konsequenz eingesetzt, um die Krise des Wohlfahrtsstaates als »Kurzschluss« der Zirkulation zu interpretieren und auf die systemische Interdependenz in modernen Gesellschaften zurückzuführen.

Allerdings haben die Krisendebatten auch Spuren in der wissenschaftlichen Systemtheorie hinterlassen. Während hier die Abgrenzung zu teleologischen Politikkonzepten dazu führte, einen radikalen Steuerungsskeptizismus als eine politische Option zu präsentieren (die freilich bereits mit dem Anspruch der akkuraten Gesellschaftstheorie daherkam), schrieb Luhmann wenige Jahre später die Steuerungsunfähigkeit sozialtheoretisch in der Theorie autopoietischer Systeme fest. Im gleichen Zug verwies er, wie ich gezeigt habe, explizit auf die Gefahr umweltoffener Systemtheorien, in alte, politikenahе Denkmuster zurückzufallen. In *Soziale Systeme* wurde dann auch die Echtzeit-Reproduktion des Systems besonders hervorgehoben, die mit dem Konzept situativer Politik korrespondiert.

Besonders stark zeichnet sich der Einfluss der politischen Auseinandersetzungen aber in der binären Codierung von Kommunikation ab. Diese hatte Luhmann schon seit 1974 anhand seiner kritischen Auseinandersetzung mit der Unterscheidung progressiv/konservativ entwickelt und dann sukzessive sozialtheoretisch generalisiert. Was Sozialtheorie wurde, stammte aber aus dem politischen Deutungskampf: Luhmann warb mit den kybernetischen Theoriefiguren für eine Neuordnung, eine Umcodierung der Politik. Sie sollte statt mehr Ausgaben lieber mehr Rücksicht für die Umwelt aufbringen.

3. Ökologische Rationalität

Das kybernetische Vokabular prägt auch die Klima- und Umweltforschung nachhaltig. Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist es allgemeinverständlich, wenn hier von Ökosystemen gesprochen wird. »Ökosysteme sind«, wie es in der typisch kybernetischen Formulierung heißt, »hochkomplexe Netze«.²⁵⁰ Die Diversität dieser Netze ist dann – wie in der Kybernetik – zugleich eine Stabilitätsbedingung, und daraus folgt die inzwischen bekannte Erkenntnis der Ökosystem-Forschung, dass Biodiversität ein zentraler Faktor für die Leistungsfähigkeit von Ökosystemen ist, etwa bei der Regulation von Schwankungen und Störungen (wie Krankheiten).²⁵¹ Der Verlust von Biodiversität könne daher zum Kollaps führen.

250 So etwa im populärwissenschaftlichen Artikel von Schaller: »Ökologische Netzwerke«.

251 Vgl. weiterhin Schaller: »Ökologische Netzwerke«.

Bereits die Klimamodelle des *Club of Rome*, die Anfang der 1970er Jahre auf die Grenzen des Wachstums aufmerksam machten, standen unter dem Einfluss der Kybernetik: Das ganze Projekt wurde unter der Leitung des Computer-Pioniers und Systemforschers Jay W. Forrester am MIT durchgeführt.²⁵² Die computergestützten Simulationen bedienten (und bedienen) sich daher in theoretisch-metho- discher und in praktischer Hinsicht Techniken, die auf den Regelkreis-Konzepten der frühen Kybernetik aufbauten, und sie forcierten darüber hinaus die Wahrneh- mung der Welt als »eine« Welt, als ein insgesamt vernetztes System.

Diese globale Interdependenz hat sich ikonografisch auf dem Cover der Buch- ausgabe der *Grenzen des Wachstums* niedergeschlagen.²⁵³ Die Darstellungen der Welt aus dem Weltraum, insbesondere die Fotos der Appollo-13-Mission, wurden im Laufe der 1970er Jahre zu Ikonen, über die oft kybernetische Überlegungen vermittelt wurden, wenn man hinter die Cover der Bücher oder Zeitschriften schaute – so war es auch bei dem oben erwähnten, legendären *Whole Earth Catalog* von Stewart Brand. Auf diese Weise korrespondierte die *Ökologie des Geistes*, wie Batesons berühmtes Buch hieß, mit der materiellen Kybernetik der Ökosysteme.

Auch Niklas Luhmanns Systemtheorie gehört in diesen Strang kybernetischen Denkens, der die ökologische Dimension der Theorie besonders in den Vorder- grund hob. Er begrüßte daher explizit, dass sich in den frühen 1980er Jahren ein Wandel der politischen Themen abzeichnete, an dem er freilich – wie eben zu sehen war – selbst mitgewirkt hat. Umso mehr nutzte er die stärker werdende Ausein- andersetzung mit den Umweltrisiken und Nebenwirkungen der rationalistischen Moderne, um seine Zeitdiagnose auszuweiten und den Umgang der Umweltbewe- gungen mit ihrem Thema zu kritisieren.

Diese Auseinandersetzung soll im Folgenden rekonstruiert werden. Die erneu- te, erweiterte Intervention von Luhmann dient dabei als Aufhänger, um eine Zu- sammenfassung seiner Position zu entwickeln und in das Feld der Krisendiagnosen einzuordnen. Luhmanns Plädoyer, so meine These, zielte darauf ab, soziale Systeme auf kognitive Innovationsfähigkeit auszurichten, indem permanent Selbstre- flexion und Differenzproduktion angeregt werden.

252 Forrester entwickelte einen Vorläufer des RAM, mit dem Computer bis heute arbeiten, und erste computergenerierte Animationen; zugleich entwickelte er am MIT die Kybernetik als *system dynamics* weiter. Der Club of Rome selbst wiederum folgte schon in seinen ersten Pa- pieren der kybernetisch inspirierten Diagnose, dass die Rationalität der Moderne veraltet sei und man daher einen völlig neuen Begriffsapparat bräuchte. Zur Geschichte dieser Organi- sation vgl. Kupper: »Weltuntergangsvisionen aus dem Computer«.

253 Vgl. dazu Kuchenbuch: »Eine Welt« im Bild«.

Luhmanns Krisennarrativ im Vergleich

Bereits in seiner Kritik des Wohlfahrtsstaates hatte Luhmann auf die Kosten der modernen Lebensführung für die Natur aufmerksam gemacht. Was er dort für das politische System formuliert hatte, reformulierte er nun mit Blick auf die Hiobsbotschaften über absterbende Wälder, erschöpfte Ölressourcen, Erderwärmung und Meeresverschmutzung. So wie die Probleme des Wohlfahrtsstaates waren sie laut Luhmann ein Sonderfall einer größeren, historisch einmaligen Situation, in der die moderne Gesellschaft reflexiv von den Effekten ihrer eigenen Operationsweise getroffen wurde. Ihr Wachstumsimperativ forderte nun unüberhörbar seinen Tribut: »Auf sehr verschiedene Weise fühlt die heutige Gesellschaft sich durch Effekte rückbetroffen, die sie in ihrer Umwelt selbst ausgelöst hat«, und »heute erreicht es eine Intensität, die sich als nicht länger ignorierbares, störendes ›Rauschen‹ der menschlichen Kommunikation aufzwingt.«²⁵⁴

Allerdings war Luhmann sehr skeptisch, was die Reaktion der Gesellschaft auf dieses Rauschen anging. Die Besonderheit seiner These bestand darin, dass die Umweltprobleme gesellschaftlich nur existieren, insofern darüber im System der Gesellschaft kommuniziert wird. Albrecht Koschorke hat Luhmann daraufhin vorgeworfen, er liefere – ganz der Verwaltungsbeamte – »Unzuständigkeitserklärungen« ab und verleihe der »ökologischen Betriebsblindheit [...] eine methodologische Weihe«.²⁵⁵ Nichts könnte aber weiter weg vom Sinn der Luhmannschen Intervention liegen. Denn seine These machte genau diese ökologische Betriebsblindheit zum Thema, weil er besorgt war, dass die funktional differenzierte Gesellschaft das Rauschen der Umwelt nicht angemessen interpretieren könnte.²⁵⁶

Aus gegenwärtiger Sicht erweist sich diese Sorge als enorm hellsichtig, muss man am Beginn des 21. Jahrhunderts doch eher eine erstaunliche Trägheit im Umgang mit dem Klimawandel beobachten, den es für manche zudem schlichtweg nicht gibt. Dass es in der Gesellschaft nur gibt, worüber die Gesellschaft kommuniziert, ist dagegen eine soziologische Binsenweisheit, die Luhmann auf das Umweltproblem anwandte, um zu demonstrieren, dass die Gesellschaft sich selbst zerstören kann.²⁵⁷

Diese Selbstzerstörung aufgrund ökologischer Inkompetenz sah Luhmann von zwei Seiten kommen. Als Gesamtsystem bringe die Gesellschaft nicht genügend Resonanz mit ihrer Umwelt zustande; im Inneren habe die Gesellschaft dagegen

254 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 11f.

255 Koschorke: »Die Grenzen des Systems und die Rhetorik der Systemtheorie«, S. 55f.; für eine akkuratere Rekonstruktion dagegen Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinfationen und Exklusionsverkettungen«, S. 137f.

256 Siehe Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 98–100, 218–223.

257 Sehr prägnant dazu Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 62f.

einen zu hohen Grad an Resonanz.²⁵⁸ Hier bot die Netzwerkmetaphorik eine sehr passende Illustrations- und Denkfigur an: Die extrem dichte Vernetzung in der Gesellschaft führe dazu, dass jede kleinste Änderung eine immer größer werdende Welle an Anpassungen und Reaktionen durch das Netzwerk schicke, deren Folgen niemand auch nur im Geringsten abschätzen könne.²⁵⁹

Dieses Narrativ gehört unverkennbar zur Gruppe der technologischen Krisennarrative, und zwar nicht nur, weil Luhmann sich dafür der gleichen semantischen Motive bediente (Systeme, Netzwerke, Interdependenz, z.B.). Auch der Plot entspricht dem bei Michel Crozier oder bei Rittel und Webber: Die gegenwärtige Krise wurde als ein Effekt der Erfolge der modernen Rationalität interpretiert, die ein immenses Wachstum – an Optionen und an Effizienz – mit sich gebracht hatte; jetzt aber scheitert die moderne Rationalität mit ihren Ursache-Wirkung- und Zweck-Mittel-Kategorien an den Folgen ihrer eigenen Erfolge. Sie offenbart so, dass sie die ganze Zeit bereits einem unterkomplexen Realitätsmodell gefolgt ist.

Die Verabschiedung teleologischer und mechanistischer Argumentationen prägte Luhmanns Werk von Anfang an, wie oben zu sehen war. Wie alle anderen Varianten dieses Narrativs attackierte er die kausalistische Mechanik und die Ontologie und stellte gegen diese *veraltete Rationalität der Moderne* einen neuen Begriffsapparat vor, der in seinen frühen Schriften als Systemtheorie mit äquivalenzfunktionaler Methode skizziert wurde. Schon früh – in *Grundrechte als Institution* (1965) – stellte er auch die entsprechende gesellschaftstheoretische These auf, dass die Ausdifferenzierung und Rationalisierung jedes einzelnen Funktionssystems zur Gefahr für die anderen Systeme werden kann. Der Alleinvertreteranspruch der Systeme birgt demnach stets die Gefahr der Entdifferenzierung: »Die gesellschaftliche Differenzierung tendiert dazu, ihre eigenen Grundlagen zu korumpieren«.²⁶⁰

Der erste Kandidat für die imperialen Ansprüche eines Funktionssystems war bei Luhmann die Politik, die sich als Kopf und Zentrum der Gesellschaft verstehe. Das Regierungskonzept der Nachkriegszeit mit den Stichworten Souveränität und Modernisierung stand bei Luhmann daher durchgehend unter Beschuss. Während bei Crozier und Foucault von hier aus eher die Unterwerfung der Individuen im Zentrum stand, blieb Luhmann – abgesehen von gelegentlichen Verweisen auf die Gefahren von Persönlichkeitsmanipulation – auf der Ebene von Organisations- und Funktionssystemen. Dabei verbindet alle eine gesellschaftstheoretische Grundposition: Sie lehnen die Konzepte der *Repräsentation*, der uni-

258 Siehe, auch zum Folgenden, Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 220f.

259 Siehe explizit Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 98, 210.

260 Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 72.

versellen *Intellektuellen* mit ihrem Repräsentationsanspruch²⁶¹ und die *hierarchische Steuerungstheorie* rundheraus ab.

Die Kritik an diesen ›veralteten‹ Konzepten spitzt sich im Angriff auf institutionalistische und neomarxistische Positionen zu, denen Luhmann – ganz wie Foucault – ein Theoriedefizit und eine katastrophale Ideenlosigkeit vorwarf. Es handelt sich hier um ein typisches Merkmal des technologischen Krisennarrativs, das rhetorisch eine Doppelfunktion bediente: Zunächst ließ sich behaupten, dass die veraltete Rationalität mitverantwortlich für die aktuelle Krisensituation war, in der sie auch noch analytisch hilflos agierte. Umso mehr konnte man dann den eigenen Ansatz als fundamental neue und dringend notwendige Denkweise präsentieren.

Es ist genau dieses Narrativ, das Niklas Luhmann in seinen Beiträgen zur Krisendiskussion um den Wohlfahrtsstaat nutzte – allen voran in *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. Er griff hier die Wachstumskritik aus *Grundrechte als Institution* auf und argumentierte, dass die auf Wachstum angelegte Politik des Wohlfahrtsstaates selbst ein Produkt der Evolution ist, gleichzeitig aber die Folgeprobleme dieses Wachstums nicht kompensieren kann – einerseits aus faktischen Gründen, weil sie die Folgen des Steuerungseingriffes nicht absehen kann, andererseits aus normativen Gründen, weil sie die Autonomie der Teilsysteme aufs Spiel setzt. Umso mehr leide sie selbst am alteuropäischen Code, der das politische System zu immer weiteren Interventionen ansporne und einen *overload* herbeiführe, während andere, ökologische Probleme nicht registriert werden. Teleologische Politikverständnisse fallen damit ebenso wie rationale Modernisierungsprogramme aus: Es sind diese Kontrollmechanismen der Moderne, die sie jetzt gefährden – das typische Argument des technologischen Krisennarrativs.

Man kann Luhmanns Ansatz daher nicht ohne Weiteres als konservatives Programm sehen, wie bis in die aktuelle Forschungsliteratur immer wieder kolportiert wird.²⁶² Diese Einordnung übersieht, dass Luhmann beide Seiten des Codes konservativ/progressiv einer fundamentalen Kritik unterzog. Der Ruf des Konservativen hatte ihn aus dem gleichen Grund wie Foucault ereilt: weil sie die linken Utopien von einer wertenihilistischen Position aus attackierten. Beide argumentierten dabei ähnlich, dass Utopien stets ein gesellschaftliches Steuerungszentrum annehmen müssen und dadurch nicht nur die Komplexität der Gesellschaft ignorieren, sondern auch alternative Positionen unterdrücken.²⁶³ Zu diesen Utopien zählte Luhmann auch die Utopie der Vernunft (oder wie Foucault sagen würde: der Wahrheit), die er in einer ironischen Wende gegen Habermas sogar als barbarisch bezeichnen möchte, wenn sie sich heute nicht schon mit appellativen Reden

261 Vgl. auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 160.

262 Vgl. etwa Malowitz/Selk: »Angst in Bielefeld«. Dort ist das definierende Kriterium die Verteidigung von Hierarchien, was nun mit Luhmanns Systemtheorie gerade nicht zusammengeht.

263 Siehe z.B. Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 16f.

begnügen würde.²⁶⁴ Ein solch einseitiges Vernunftverständnis liefe auf Entdifferenzierung hinaus und bedrohe die Eigenlogik der Systeme.

Auf der anderen Seite konnte Luhmann auch dem konservativen Humanismus nichts abgewinnen, der nicht weniger als der linke Humanismus auf einen geteilten Werte-horizont setze oder diesen, wo er nicht bereitsteht, durchsetzen müsse.²⁶⁵ Luhmanns ganze Theorieanlage lehnte diese wertebasierte Konzeption von Politik und Gesellschaft ab. Dagegen versuchte er, Werte durch kognitive Erwartungshaltungen zu ersetzen und so Lernen ins Zentrum zu rücken. Gerade diese Lernfähigkeit müsse jeder wertebasierten Argumentation abgehen, weil sie sich auf universelle Gültigkeit berufe. Besonders deutlich wird dies in Luhmanns Ablehnung von Moralisierung, weil der moralische Code gut/schlecht »nicht nur fordert, daß [sic!] Gute zu lieben, sondern auch: das Schlechte zu hassen und zu bekämpfen.«²⁶⁶ Diese Kritik prägte nun auch Luhmanns Appell an die Umweltbewegung in *Ökologische Kommunikation*.

Dabei stellte sich seine Haltung zu den Neuen Sozialen Bewegungen als hochgradig ambivalent dar.²⁶⁷ Denn Luhmann hatte schon vorher betont, dass Widerstände einen Lerneffekt hervorrufen.²⁶⁸ Daher entdeckte er mehr und mehr den Sinn von Protest darin, frühzeitig vor den Folgeproblemen funktionaler Differenzierung zu warnen. Sie bieten eine praktische Selbstbeobachtung der Gesellschaft, die einfängt, was den Funktionssystemen aufgrund ihrer Spezialisierung entgeht.²⁶⁹ Andererseits missfiel ihm aber die Form des Protests, die auf einen »neuen Stil von Moral« hinauslaufe.²⁷⁰ Dafür bedienen sich die Neuen Sozialen Bewegungen der Angst, die den unschätzbaren Vorteil mit sich bringe, »rechtlich nicht reguliert und wissenschaftlich nicht widerlegt« werden zu können,²⁷¹ weil sie bloße Kommunikation subjektiver Empfindung sei: »Angst-kommunikation ist immer authentische Kommunikation, da man sich selbst bescheinigen kann, Angst zu haben, ohne daß andere dies widerlegen können.«²⁷²

Wie die mehrfache Betonung der Unwiderlegbarkeit, der Unbestreitbarkeit und Unanfechtbarkeit zeigt, wird in Luhmanns Augen durch Angst jedwedes

264 Siehe Luhmann: »Jenseits von Barbarei«, S. 219.

265 Vgl. dazu auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 175-185 und insb. S. 215.

266 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 261; zur erneuten Werte-Kritik S. 210-213.

267 Für eine sehr treffende Rekonstruktion der Luhmann'schen Ambivalenz vgl. Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchs-inflationen und Exklusionsverket-tungen«, S. 139f.; daneben auch Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 235-238, 177-180.

268 Siehe Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«, S. 117.

269 Siehe Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 227-236; Luhmann: *Soziologie des Risikos*, S. 150-153.

270 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 238.

271 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 238.

272 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 240.

Lernen unterbunden. Stattdessen verlegen sich die Neuen Sozialen Bewegungen, und insbesondere die Umweltbewegung, darauf, nach Schuldigen zu suchen. Das habe zwei Folgen: Erstens forcieren sie das Misstrauen in der Gesellschaft, weil sie für jede nicht-intendierte Folge und jede nicht-realisierte Forderung einen Verursacher ausfindig machen wollen.²⁷³ Zweitens haben sie dann nur das Verbotsrecht zur Verfügung, entweder müssen sie vorab verbieten – »keine Atomenergie, keine Betonpisten, keine Bäume fällen, keine Häuser abreißen«²⁷⁴ – oder sie müssen danach mit einem »adaptierte[n] Polizeirecht« gegen Verursacher vorgehen.²⁷⁵ Diese Betrachtungsweise ökologischer Probleme folgte für Luhmann einer veralteten Kausalitätslogik, die nicht nur kreativere Lösungen blockiere, sondern auch (staatliche) Zwangsgewalt evoziere.

In Luhmanns Haltung zu den Neuen Sozialen Bewegungen könnte man einen großen Unterschied zu Michel Foucault erblicken – aber der Schein trügt. Zwar war Foucault ganz fraglos optimistischer, dass die Neuen Sozialen Bewegungen einen Unterschied in der Beschaffenheit der politischen Praktiken machen könnten; die Zweifel Luhmanns sind aber die gleichen Zweifel, die Foucault bestimmten, vor allem marxistischen Organisationen entgegengebracht hatte, die mit juristischen Schuldzuweisungen arbeiteten und als moralische Richter auftraten. »Keiner der gewählten Anschnitte kann Letztgültigkeit oder richterliche Funktion über alle anderen beanspruchen«, kritisierte Luhmann ähnlich wie Foucault.²⁷⁶ Beide sahen in der richtenden Moral mit ihren Verboten *sachlich* eine unterkomplexe Betrachtung der Welt, die *sozial* zu Zwang mutiert, wenn man die alten, hierarchischen Methoden auf die ausdifferenzierten, autonomiebedürftigen Gesellschaftsteilnehmer anwandte. Diese antihierarchische, antilegalistische Position gehört zum Kernbestand des technologischen Krisennarrativs.

An dieser Argumentation kann man auch sehen, warum Luhmann nicht als Vertreter der Westminster-Demokratie verstanden werden kann, so wie es Stefan Lange vorgeschlagen hat.²⁷⁷ Es ist natürlich richtig, dass Luhmanns Argumentation deutlich näher bei institutionalistischen Fragen und Figuren steht, als dies etwa für Foucault zutrifft. So argumentierte Luhmann nicht gegen Parteien per se, sondern nur gegen die wertebasierte Parteienlandschaft, die er vorfand, und er wusste

273 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 232–234.

274 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 177.

275 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 26.

276 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 1132. Nochmals zur Kritik der Richter-Funktion bei Foucault: *Überwachen und Strafen*, S. 392f. Zu Luhmanns Kritikverständnis vgl. auch Gebhard et al.: »Kritik der Gesellschaft?«.

277 Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 186f., 288, 292. Unklar ist, ob für Lange die Verteidigung des Rechtsstaats des 19. Jahrhunderts und der Westminster-Demokratie zusammengehören. Dem unbenommen stimmt m. E. Langes Zweifel, ob Luhmanns politisches System mit der genannten Codierung überhaupt Konkordanzdemokratie umfassen kann.

auch von Anfang an Grundrechte als autonomiesichernde Institution zu schätzen – eine Position, zu der sich Foucault erst vorarbeiten musste. Schließlich scheint Luhmanns binäre Codierung Regierung/Opposition tatsächlich eine gewisse analytische wie normative Präferenz für Zweiparteiensysteme zu haben, in denen die alternative Weltsicht stets klar vor Augen steht, wie Lange argumentiert.

Zur Westminster-Demokratie gehörte allerdings mehr als die Zweiparteienordnung von Politik und Regierung. Sie wurde nämlich – und das ist in den Krisendebatten der 1970er Jahre überaus präsent gewesen – von einem humanistischen Wertekonsens mit konservativer Stoßrichtung getragen, die auf die hierarchische Autorität von Status und Amt setzte. Sie hatte daher eine Präferenz für das Ständische im doppelten Sinn: als zu wahrer Rang und als zu bewahrende Vergangenheit. Genau das läuft aber sowohl gesellschaftstheoretisch als auch ideenpolitisch gegen Luhmanns Argumentation. Eine Rückkehr zum 19. Jahrhundert schloss er schon deswegen aus, weil die dortigen Konzepte der Komplexität der funktional differenzierten Gesellschaft nicht gewachsen waren.

Mit diesem Argument lehnte er explizit ab, dass der Rechtsstaat eine Lösung auf die Krisenphänomene bereithalten könnte. Das ständig wiederholte Argument, das sich auch gegen revolutionäre Marxismen richtete, war, dass der Rechtsstaat notwendig, aber nicht hinreichend sei. Schon 1965 hatte Luhmann argumentiert, dass das »legeshierarchische[]«²⁷⁸ Modell nicht ausreiche, um die Funktion der Grundrechte zu verstehen, weil es immer noch im Gegensatz von Staat und Gesellschaft denke, statt der Diversität der Gesellschaft gerecht zu werden. Der Rechtsstaat sei »ein retroaktives Modell«: »Abweichungen sollten, wo sie erkannt wurden, ausgemerzt werden.«²⁷⁹ Schon die Wortwahl des Ausmerzens demonstriert die Distanz von Luhmann, dessen Theorie auf die Produktion und das Management von Alternativen abstellte.

Der rhetorische Schachzug bestand freilich darin, diesen Differenznormivismus nicht einfach normativ zu präsentieren, sondern den Rechtsstaat *in historischer Dimension* zu »verabschieden«, indem er als wichtige Errungenschaft erscheint, die aber strukturell für die gegenwärtigen Problemlage *nicht mehr hinreichend* sei. Denn die Leistungsfähigkeit der funktional differenzierten Gesellschaft entstehe laut Luhmann gerade dadurch, dass sie Abweichungen durch die Eigenlogik der Funktionssysteme verstärke. Den daraus folgenden »Defizienzen in der Umweltwahrnehmung« ist »mit Gewaltenteilung oder mit rechtsstaatlichen Kontrollen nicht abzuhelfen.«²⁸⁰ Darum sei es »wenig sinnvoll, auf Wiederherstellung der offiziell vorgesehenen Macht und auf Eindämmung der Gegenmacht, also auf

278 Siehe z.B. Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 27.

279 Luhmann: »Staat und Politik«, S. 100.

280 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 37.

wiederherstellende Reformen zu plädieren.«²⁸¹ Noch deutlicher kann eine Absage nicht ausfallen.

Luhmanns politische Theorie als Wiederkehr des britischen Modells zu interpretieren, hatte bei Lange freilich die Funktion, Luhmanns restriktives Politikmodell aus der Schussbahn der Neoliberalismus-Kritik zu nehmen. Es ist kein Zufall, dass Luhmann hier das gleiche Schicksal ereilte wie Foucault und Crozier, die ebenfalls mal als Konservative, mal als Neoliberale angegangen werden.²⁸² Dabei scheint es besonders einfach, Luhmann als Neoliberalen zu präsentieren, da zu seiner Aversion gegen politische Gesellschaftssteuerung noch hinzutrat, dass er direktdemokratische Partizipation skeptisch sah und zugleich für Selbstregulierung plädierte. Wie bei Foucault und Crozier gilt aber, dass eine solche Darstellung nur darauf beruht, dass man die ideenpolitische Dynamik der 1970er Jahre nicht aufgearbeitet hat. Hat man diese aber im Blick, muss man gegen die Interpretation, Luhmann sei ein Neoliberaler, schwerwiegende historische und systematische Argumente vorbringen.

Zunächst übersieht die Neoliberalisierung Luhmanns den historischen Kontext. In der Debatte stellten alle vier Krisennarrative den Staat als überdehnt dar. Die Forderung nach einem restriktiveren Politikmodell war daher kein ausschließlich neoliberales Merkmal, und sie richtete sich in vielen Fällen gegen das historisch-spezifische Modell des Nachkriegsstaats, nicht gegen jeden Staat. Foucault hatte nicht ohne Grund einen allgemeinen Trend der Staatsphobie ausgemacht, gegen den er sich mit einiger Mühe abgrenzte.

Darüber hinaus lassen sich in systematischer Hinsicht an zumindest drei Punkten entscheidende Differenzen herausarbeiten. *Erstens* setzt das neoliberale Modell auf einen methodologischen Individualismus, der dem technologischen Argument bei Luhmann fremd war. Seine Theorie trug die klassischen *Prämissen ökonomischer Theorie* nicht mit, wie an seiner Kritik der Machttheorie zu sehen war. Der grundlegendste Einwand ist dabei, dass Präferenzen nicht als fixe, hierarchische Werteordnungen erfasst werden können. Man müsse sich hingegen auf die Instabilität, die Intransitivität und Zirkularität von Präferenzen einstellen, wie er im Anschluss an die Kybernetik argumentierte.²⁸³ Gleichzeitig sind auch sachliche

281 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 48; ähnlich auch S. 147.

282 Vgl. etwa Bröckling: »Zukunftsmanagement zwischen Planung, Selbstorganisation und Prävention«; älter: Nabamowitz: »Autopoiesis oder ökonomischer Staatsinterventionismus?«.

283 Siehe etwa Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 10; Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 1090f.; oder: »Man wird sich dabei auf einen ständigen Wechsel des relativen Vorrangs der Präferenzen einstellen, also Werte auf Situationen, auf historische Lagen relativieren müssen.« (Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 61). Verbunden mit einer scharfen Kritik an der Rational-Choice-Theorie auch Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 129: Die »Reproduktion der Systeme [erfordert] ein ständiges Lavieren im Netz [!] der Präferenzen«.

Probleme nicht objektiv gegeben, sondern positionsabhängige Problembeschreibungen. Aus diesen beiden Gründen scheitere auch die modifizierte Theorie der begrenzten Rationalität und der Dekomponierbarkeit von Problemen.²⁸⁴ Der ganze Optimierungsansatz war für Luhmann ein Beispiel für die Vernunftsutopie der Aufklärung, gegen die sich seine soziologische Abklärung der Aufklärung wendete.

Gesellschaftstheoretisch beruhte Luhmanns Kritik des Neoliberalismus daher *zweitens* auf dem gleichen Argument wie die Kritik an Institutionalismus und Neomarxismus. Auch in den »neuesten Varianten des Neoliberalismus, der ›Neuen Politischen Ökonomie‹ und des Neokorporativismus« dominiere die alte Vorstellung, dass sich Staat und Gesellschaft gegenüberstehen.²⁸⁵ Dabei herrsche das Vorurteil, die Marktgesellschaft funktioniere dezentral, während das politische System zentralistisch sei. Diese Beschreibung der Welt beruht laut Luhmann freilich (a) auf einer veralteten Gesellschaftstheorie, (b) auf einer veralteten Theorie des politischen Systems, das keineswegs zentralistisch sei, und ist (c) nur ein ideologisches Instrument, um die Wirtschaft von staatlichen Eingriffen freizuhalten.

Damit brachte Luhmann das gleiche Argument wie Foucault, der den (Neo-)Liberalismus ebenfalls ablehnte, weil er eine veraltete und moralisch aufgeladene Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft vertrete. Dass die Ablehnung bei Luhmann dabei noch radikaler ausfiel, dürfte auch daran liegen, dass Gary Beckers Neoliberalismus den gleichen universalistischen Anspruch vertrat, alle sozialen Phänomene erklären zu können. Dieser ökonomische Imperialismus war damit ein Konkurrent von Luhmann, dem er zwangsläufig mangelnde Komplexität nachweisen musste. Komplexitätsmangel war schließlich das ultimative Argument des technologischen Krisennarrativs, und auch die eindimensionale Rationalität der ökonomischen Theorie kann der gesellschaftlichen Diversität schlichtweg nicht gerecht werden.

Da daher die sozialtheoretischen und die gesellschaftstheoretischen Prämissen dem Neoliberalismus widersprechen, überrascht es nun auch wenig, dass *drittens* Luhmanns *Vorstellung von Selbstregulation* dem neoliberalen Regulationsmodell widerspricht. Wie auch oben anhand des neoliberalen Narrativs zu sehen war, führte die Rationalitätsthese zu der Erwartung, dass durch die Selbstregulation automatisch das neutral bestmögliche Ziel herauskomme. Die liberalökonomische Theorie

284 Dazu nochmal Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 30–38. Auch gegen die These eines rationalen Wählers argumentierte Luhmann mit der Komplexität von Situationen (Luhmann: *Grundrechte als Institution*, S. 157–159).

285 Luhmann: »Die Differenzierung von Politik und Wirtschaft und ihre gesellschaftlichen Grundlagen«, S. 44f. Hier sprach er der Theorie sogar ab, die Wirtschaft angemessen darstellen zu können. Für die Kritik an der liberalen Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft siehe z.B. Luhmann: »Politische Verfassungen im Kontext des Gesellschaftssystems (2. Teil)«, S. 165f.; Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 51.

hielt für Konflikte in der Gesellschaft dann zwei probate Mittel parat: Wenn sie gegen die wettbewerbliche Grundordnung verstießen, mussten sie durch die hierarchische Intervention des Staates gestoppt werden, während alle weiteren Probleme automatisch durch Wachstum kompensiert werden können.

Luhmann vertrat offensichtlich die entgegengesetzte Position.²⁸⁶ Immer wieder kritisierte er den optimistischen Glauben an Rationalisierung und zeigte, dass »mehr Informationen« keineswegs stets effizienter seien, sondern zunächst auf mehr Bürokratie und mehr Zeitaufwand hinausliefen: »Mehr Information bedeutet mehr interne Unordnung, mehr Probleme bei der Reproduktion«.²⁸⁷ In *Ökologische Kommunikation* betonte Luhmann daher, dass Evolution eben kein Selbstläufer sei. Die Selbstregulation der Gesellschaft kann schiefgehen, die Gesellschaft kann sich selbst zerstören, und dabei ist das Wachstum durch Rationalisierung keine Lösung, sondern das größte Problem der funktional ausdifferenzierten Gesellschaft.²⁸⁸

Auf diese »Rationalitätsschäden«²⁸⁹ der Moderne hat der Neoliberalismus laut Luhmann aber schlicht keine Antwort, weil er sich von dem linearen Denken erster Ordnung, das die frühe Moderne kennzeichnete, nicht freigemacht hat. Der Neoliberalismus stelle darauf ab, Abweichungen von einem vermeintlichen Idealzustand zu verhindern. Negatives Feedback ist der einzige Kontrollmechanismus. Dagegen kann man die moderne Gesellschaft aber laut Luhmann nur richtig analysieren, wenn man die komplexe Vielfalt gesellschaftlicher Rationalitäten – die Eigenlogiken der Systeme – in Rechnung stellt. Foucault und Luhmann kennzeichnet hier die gleiche Differenz zum neoliberalen Denken, wobei der eine auf die Subjekt-, der andere auf die Systemebene abstellte: Ihr normativer Ansatz ist, dass das »Spiel möglicher Rationalitäten *analytisch* und *praktisch* in den Blick kommen muss.

286 Dazu der Hayek-Luhmann-Vergleich bei Lange: Niklas Luhmanns *Theorie der Politik*, S. 212f., 170.

287 Luhmann: »Staat und Politik«, S. 99.

288 Seine Auseinandersetzung mit neoklassischen (Wirtschafts-) und liberalökonomischen (Politik-) Theorien ist in *Ökologische Kommunikation* derart umfangreich, dass sie hier nicht im Detail rekonstruiert werden kann (siehe insb. S. 110–119 – dort auch die Kritik der Wachstumsprämisse). Dabei verwies er die ökonomische Theorie der Selbstregulation in die Schranken ihres Funktionssystems: Es handele sich um eine Selbstbeschreibung der Wirtschaft, die dazu neige, alle Kosten auf die Umwelt abzuschieben. Ausgeklügelte Gleichgewichtsmodelle (die Luhmann, wie oben gezeigt, ohnehin für unzureichend hält) dienen hier demnach nur dazu, ihre eigenen Paradoxien zu enttautologisieren, indem sie eine Interpretation ihrer Systemgeschichte zum Zwecke der Fortschreibung bieten (S. 111). Insgesamt handelt es sich wie bei sozialistischen Konzepten um Muster des 19. Jahrhunderts, die nicht überzeugen: »Weder die liberale Theorie, die Lösungen als nichtkontroverse Funktion privater Entscheidungen sehen möchte, noch die kollektivistische Theorie, die weiß, daß sie immer schon wissen wird, was das Volk will, bieten überzeugende Antworten.« (S. 143).

289 Luhmann: »Die Organisationsmittel des Wohlfahrtsstaates und ihre Grenzen«, S. 112.

Kognitive Innovationsfähigkeit: Luhmanns ideenpolitisches Projekt

Diesen Ratschlag erteilte Luhmann nun auch der Umweltbewegung. Ihr fehle eine angemessene Theorie, mit der der Protest sehen könnte, dass er »nur ein partielles Phänomen sein und das Ganze im Ganzen weder sein noch repräsentieren« könne,²⁹⁰ ohne seine Funktion als Frühwarnsystem der Gesellschaft zu verneinen. Die Grundvoraussetzung dafür ist, Distanz zur Moral zu wahren. Stattdessen sollte die Umweltbewegung von einer substanziellen Rationalität auf eine differenzielle Rationalität umstellen. Das ist – natürlich! – die Stunde der Systemtheorie:

»Die systemtheoretische Unterscheidung von System und Umwelt zielt, konsequent gehandhabt, *genau auf die ökologische Problematik*. Sie läßt es zu, mit Hilfe des ›re-entry‹-Konzepts einen Rationalitätsbegriff zu formulieren. Ein System erreicht danach Rationalität in dem Maße, als es die Differenz von System und Umwelt in das System wiedereinführt und sich daraufhin *nicht an (eigener) Identität, sondern an Differenz orientiert*. Gemessen an diesem Kriterium wäre *ökologische Rationalität* erreicht, wenn die Gesellschaft die Rückwirkungen ihrer Auswirkungen auf die Umwelt auf sich selbst in Rechnung stellen könnte. *Für jedes Funktionssystem in der Gesellschaft wäre dieses Prinzip mit entsprechender Systemreferenz zu reformulieren*, wobei zu beachten wäre, daß es keine Aggregation solcher Systemrationalitäten zu einer gesamtgesellschaftlichen Systemrationalität geben kann, weil jedes Funktionssystem nur die Eigenrationalität kalkuliert und die Gesellschaft im übrigen als Umwelt behandelt.«²⁹¹

Das Konzept der *ökologischen Rationalität* weitet den Vorschlag aus, den Luhmann vorher an die Politik gerichtet hatte. Es sollte nun in autopoietisch verfeinerter Ausführung zum Prinzip für alle Funktionssysteme und für die Protestbewegungen werden. Dabei stellt ökologische Rationalität einen sehr hohen Anspruch: Sie begnügt sich nämlich nicht mit Systemrationalität. Zwar folgt jedes System seiner eigenen Operationsweise, es müsste aber parallel eine Selbstreflexion laufen lassen, die sich nicht am System, sondern an seiner Differenzbeziehung zur Umwelt orientiert. Die *Differenz* von System und Umwelt soll wieder in das System eingeführt werden und das Operieren des Systems anleiten.²⁹²

Um dieses Differenzdenken *in den Systemen* zu realisieren, schlug Luhmann eine altbekannte Methode vor, nämlich die Suche nach funktional äquivalenten Optionen, wie eine Beziehung zur Umwelt aussehen könnte. Der Äquivalenzfunktio-

290 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 251. Siehe dazu S. 234: »Den neuen sozialen Bewegungen fehlt Theorie. Ihnen fehlt infolgedessen auch die Möglichkeit, die Unterscheidungen, in die sie ihre Beobachtungen einzeichnen, zu kontrollieren.«

291 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 246f. (Hervorhebung hinzugefügt).

292 Für den Weg von der Bestandsorientierung zur Differenzorientierung vgl. auch Kneer: »Bestandserhaltung und Reflexion«.

nalismus sei eine Methode der Differenzerzeugung, die die »normative und evaluative Selbstsicherheit [...] erschüttert«. ²⁹³ Luhmanns Ratschlag läuft also auf eine *permanente Selbstkritik* der Systeme mithilfe von interner Differenzerzeugung hinaus. Sie müssen »Fähigkeit zur Aufnahme von Anregungen und Fähigkeit zur Selbstkritik« bereithalten und dadurch »Verständnis für Alternativen aufbringen, ja systematisch erzeugen können.« ²⁹⁴

Damit löste Luhmann das Vorhaben seiner Antrittsvorlesung ein, ein Rationalitätskonzept zu entwickeln, das die eindimensionale Vernunftsrationalität der Aufklärung ersetzt. Das ökologische Rationalitätsmodell geht von der Vielfalt möglicher »Vernunftsweisen« aus, die man faktisch in der Selbstreferenz der Systeme findet. Sie richtet dann »alle Rationalitätsbemühungen« auf die Differenz der Rationalitäten aus ²⁹⁵ und fordert eine permanente Reflexion auf diese Differenzen ein: »Es geht nie um Einheit, immer um Differenz, und um die Auflösung aller Einheit in Differenz«, postulierte Luhmann. ²⁹⁶

Es dürfte kein Zufall sein, dass Foucaults reflexive Wendung der Aufklärung zeitgleich einen sehr ähnlichen Weg wählte. Auch er interpretierte die Aufklärung als eine Aufgabe zur permanenten Selbstkritik. In beiden Ansätzen schlägt das kybernetische Differenzdenken gesellschafts- und ideenpolitisch voll durch: Inspiriert von Schaltkreisen kamen hier wie dort die überbordende Vielfalt von *potenziellen* Verknüpfungsvarianten und die stets nur begrenzt und nur in Echtzeit *aktualisierten* Verknüpfungen in den Blick. Alles könnte auch anders verbunden sein: *tools* können in verschiedenen Kontexten eingesetzt werden oder unterschiedliche *tools* in einem Kontext – sie sind dann funktional äquivalent. Diese Polyvalenz steht in krassem Kontrast zu den Erwartungen rationaler und normativer Richtigkeit.

Im Unterschied zu Foucault arbeitete Luhmann aber die Idee permanenter Selbstkritik nicht für Körper- und Subjektpraktiken aus. Bei ihm stehen vielmehr kognitive Kapazitäten im Vordergrund: »Kognitives Erwarten sucht sich selbst, normatives Erwarten sucht sein Objekt zu ändern. Lernen oder Nichtlernen – das ist der Unterschied«. ²⁹⁷ Diese Umstellung auf Lernfähigkeit läuft dabei, um dies noch einmal in Abgrenzung zu neoliberalen Modellen zu betonen, nicht darauf hinaus, die eine bestmögliche Version zu generieren, sondern *möglichst viele Optionen* zu schaffen und *Gelegenheiten zum Experimentieren* auszunutzen. Diese Form der Kreativität werde laut Luhmann in hochkomplexen Systemen immer wichtiger. ²⁹⁸

293 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 255.

294 Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 157.

295 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 254.

296 Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 258.

297 Luhmann: »Die Weltgesellschaft«, S. 55.

298 Siehe Luhmann: »Über »Kreativität««. Hier ist also wiederum eine Parallele zu Foucault. Dabei betonte Luhmann, dass dieses Kreativitätskonzept ein anderes als das des Bürgertums im 18./19. Jahrhundert sei, weil es nichts mit Genialität zu tun habe. Stattdessen handele es

Der Imperativ der Differenzproduktion macht aber auch ökologische Rationalität selbst zu einer Art Ethik. Luhmann dürfte das nicht entgangen sein; jedenfalls endet *Ökologische Kommunikation* nicht mit der Vorstellung des neuen Rationalitätskonzeptes, sondern führt final zu einer Diskussion über Umweltethik.²⁹⁹ Obwohl Ethik eigentlich die Reflexionstheorie der Moral sei, scheitere sie bisher an ihrer Aufgabe, die Paradoxien der Moralphilosophien zum Problem zu machen. Solange es eine solche Ethik aber nicht gebe, müsse ökologische Kommunikation ihren Platz einnehmen und vor der Moral warnen, schloss Luhmann seine Ausführungen.

Ökologische Rationalität, das ist sein Vorschlag, bietet nun eigentlich eine Umweltethik an: Sie führt das Verhältnis des Systems zur Umwelt wieder in das System ein und verhält sich dabei ethisch dazu, indem sie fixe (moralische) Wertungen in einer permanenten Reflexion auf das flexible Verhältnis von System und Umwelt auflöst. Auch in dieser verhaltenen, keineswegs dogmatischen, aber doch erkennbaren Wende zur Ethik in der Mitte der 1980er Jahre liegt eine Parallele zu Foucault.

Während es sich hier auf der Ebene des Systems Gesellschaft tatsächlich um eine fast moralphilosophische Überlegung aus der Perspektive zweiter Ordnung handelt, hat Luhmann im Laufe seiner Schriften auf der Ebene der Organisationssysteme immer wieder konkrete Vorschläge gemacht, wie man Lernfähigkeit institutionalisieren könnte. Schon in seinen frühesten Schriften, wo es noch um Systemrationalität, nicht um reflexive Differenzrationalität oder ökologische Rationalität ging, hieß es: »Alle Planung von Entscheidungsprämissen sollte daher ihre Auswirkungen auf die Lern- und Innovationsfähigkeit des Systems im Auge haben.«³⁰⁰ Dass es sich dabei um einen Kulturwandel in Organisationen handelt,

sich »um die Fähigkeit zum Ausnutzen von Gelegenheiten; oder in anderer Formulierung: um die Verwendung von Zufällen« (S. 17). Zum »Experimentieren« siehe auch Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 125.

299 Siehe, auch zum Folgenden, Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 262-266. Die Verbindung von Vorschlag und Zurückhaltung wird in der Finalstruktur des Textes und in Konjunktiv-Wendungen schön deutlich: »Man könnte auch zu bedenken geben, ob nicht gerade in der Anerkennung der Paradoxie der Weg liegt, auf den die Ethik sich zu begeben hätte, wenn sie der neuen Problemlage gerecht werden will.« (S. 264). Luhmann gestand auch in einem Interview zu, dass man seine Ablehnung von Borniertheiten und seine Suche nach Alternativen auch »als Ethos bezeichnen« kann, »wenn auch der Begriff etwas altmodisch ist« (Luhmann et al.: »OFF«, S. 115). Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 160-163, kritisiert Luhmann für diese versteckte Moral harsch, übersieht dabei aber, dass Luhmann diese Ambivalenz durchaus gezielt ins Spiel bringt.

300 Luhmann: »Politische Planung«, S. 78; ähnliche Statements finden sich auch in den weiteren Beiträgen des Bandes *Politische Planung*. In den 1970er Jahren schlug er vor, funktionale Positionierungsgruppen statt hierarchischer Statusgruppen zu stärken, um Flexibilität in sozialer und sachlicher Hinsicht sicherzustellen (siehe oben), und die systemische *task analysis* einzuführen (siehe Luhmann: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*, S. 99).

wurde dann in seinem 1978 vorgelegten Vortrag *Organisation und Entscheidung* besonders deutlich.

Dort stellte er die häufig kritisierte Starrheit von Bürokratien als eine Folge ihrer gesteigerten Sensibilität für die Annahme oder Ablehnung ihrer Entscheidungen dar. Bürokratien neigen daher dazu, Entscheidungen auszufertigen, die eine große Annahmewahrscheinlichkeit haben, verlieren dadurch aber Innovationsfähigkeit.³⁰¹ Als Innovation verstand Luhmann dabei einen Entscheidungsprozess, der zu unerwarteten Entscheidungen führt und dadurch in der Lage ist, Erwartungshaltungen zu ändern – also kognitives Lernen zu induzieren. Weder Anreizstrukturen noch »rationales« Entscheiden leisten dazu einen Beitrag, wie Luhmann hier – mitten in der Krisendebatte – ganz dezidiert gegen das neoliberale Instrumentarium erklärte: Vieles spricht dafür, »daß Analyse und Bestehen auf Rationalitätsansprüchen zur Vorgehensweise derer gehört, die Innovationen verhindern wollen. Wer Innovationen vorantreiben will, muß kühner vorgehen und sich selbst Kredit geben.«³⁰²

Innovationsfähigkeit ist daher in Luhmanns Darstellung auf zwei Aspekte angewiesen: Erstens muss es gelingen, »ein Alternativenbewußtsein zu schaffen und wachzuhalten«.³⁰³ Man dürfe Alternativen nicht voreilig an Moralisierungen, Mehrheitserwägungen oder Rationalisierungen scheitern lassen. Es kommt eben auf das Experimentieren mit Möglichkeiten an, dessen Folgen man ohnehin nicht vorhersehen kann. Man müsse dafür zweitens sowohl der Sache als auch sich selbst »Kredit geben«, das heißt Vertrauen entgegenbringen. Risiko, so argumentierte Luhmann schon seit den 1960er Jahren, ist jeder Entscheidung inhärent. Der Grund dafür liegt in den Prämissen der Theorie: »Komplexität [...] heißt Selektionszwang, Selektionszwang heißt Kontingenz, und Kontingenz heißt Risiko.«³⁰⁴

Daher wandte er sich später in seiner *Soziologie des Risikos* erneut gegen einen ökonomischen Risikobegriff.³⁰⁵ Während dieser suggeriere, man könne absolute Sicherheit erreichen, Risiko und Sicherheit wären also ein Nullsummenspiel, vertrat Luhmann die Auffassung, dass der Gegenbegriff zu Risiko Gefahr ist. Alles Entscheiden ist immer »riskant« oder »gefährlich«, weil man immer mit der Unsicherheit leben muss, dass man nie weiß, was die konkreten Folgen sind, wenn

301 Hier und zum Folgenden siehe Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 64.

302 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 67f.

303 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 66.

304 Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 47. Schon die frühen Schriften Luhmanns enthalten oft ein Kapitel zu den Risiken einer Strukturentwicklung, z.B. Luhmann: »Wirtschaft als soziales System«, S. 272-275.

305 Siehe die ausführliche Kritik des Rational-Choice-Modells in Luhmann: *Soziologie des Risikos*, S. 21-37. Dazu bereits explizit Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 135f.: »Die übliche Entscheidungsregel der Maximierung des erwarteten Nutzens [...] versagt.«

man so oder anders oder gar nicht entscheidet; stets schränkt man Möglichkeiten ein, ohne das genaue Ausmaß überblicken zu können. Hat man dies einmal akzeptiert, ist es natürlich einfacher, »kühner vorzugehen« und innovativen Alternativen »Kredit zu geben«.

Luhmann empfahl dann auch zwei kühne Taktiken, um Innovationen erfolgreich durchzusetzen: Die eine bestehe darin, Veränderungen bis zur Irreversibilität vorzunehmen, dabei aber ihren innovativen Charakter zu leugnen; die andere bestehe umgekehrt darin, »die Innovation nur noch als Vollzug einer bereits beschlossenen Sache« darzustellen.³⁰⁶ Damit beschrieb Luhmann ironischerweise sein eigenes Vorgehen, in dem seine semantischen Innovationen nur noch als Nachvollzug des ohnehin längst vollzogenen Strukturwandels dargestellt wird.

Das Plädoyer für Innovationen zieht sich so thematisch und performativ durch Luhmanns Werk. Dabei empfahl er, eine »Kultur provisorischer Verständigungen« aufzubauen.³⁰⁷ Sie hält fest, dass jede Entscheidung nur temporär ist und jederzeit geändert werden kann, und sie organisiert sich dahingehend, dass diese Veränderung durch permanente Selbstkritik ermöglicht wird: »In entscheidenden Hinsichten wird damit der Zeitaspekt wichtiger als die sachliche Festlegung und kognitive Offenheit wichtiger als normative oder emotionale Bindungen.«³⁰⁸ Statt stabile Identitäten auszubilden, plädierte Luhmann stets für *Situativität* (zeitlich), *Flexibilität* (sozial) und *Innovation* (sachlich) – kurz: für reflektierte Differenzproduktion.

Risikomanagement: Neue Aufgaben für den Staat?

Im ›Fall‹ Luhmann hat sich gezeigt, wie sich mit kybernetischen Figuren gegen die tragenden Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata der Nachkriegszeit, gegen Souveränität und Modernisierung, argumentieren ließ, indem sie eine neue Weltsicht anboten, die die Welt als ein komplexes Netzwerk von Kommunikationen und Kausalitäten beschreibt. Systeme sind hier Netzwerke von Kommunikationen, die sich selbst von einer Umwelt operativ abgrenzen, ohne dass sie von dieser Umwelt abgeschnitten wären. Die Kybernetik führt in diesem Fall analytisch und normativ dazu, die Theorie auf die Selbststeuerung der Funktionssysteme durch ihre Codes und die autonomen Regulierungsprozesse in Organisationen auszurichten.

Dabei werden hierarchische und statische Organisationsweisen (oder: Operationsweisen) zurückgewiesen. Vor allem die systemische Machttheorie verdeutlicht Zirkularität und Reflexivität: Nicht nur Vorgesetzte üben Macht auf ihre ›Unterge-

306 Luhmann: *Organisation und Entscheidung*, S. 68.

307 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 61.

308 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 61. Zur Kultur der Verständigung auch das Schlussplädoyer von Luhmann: *Soziologie des Risikos*, S. 244-247.

benen« aus, auch die »Untergebenen« üben Macht auf die Vorgesetzten aus,³⁰⁹ und wer das berücksichtigt, kann seine Organisation besser aufstellen, als wer immer wieder mit viel Aufwand hierarchische Befehlsstrukturen durchsetzen will. Dazu gehört auch, Möglichkeiten für Innovationen zu schaffen. Innovationen als solche sind demnach zwar nicht planbar, sondern ein Produkt des Zufalls, das sich evolutionär bewähren muss, aber die Offenheit für Zufälle lässt sich reflexiv einbauen. Das wichtigste Mittel ist dafür, permanente Selbstreflexion durch die Beobachtung zweiter und dritter Ordnung zu generieren, um so blinde Flecken der bisherigen Operationsweise aufzudecken.

Dieser Ansatz ist in der Organisations- und Unternehmensberatung sehr populär geworden: »Die Systemtheorie Niklas Luhmanns hat sich zu einer Leittheorie des systemischen Managements und der systemischen Beratung entwickelt.«³¹⁰ Auch an Niklas Luhmann selbst kann man beobachten, wie er sich den Organisations- und Unternehmensberatungen zuwandte, nachdem seine politische Beratungstätigkeit in der Reformkommission oder für die CDU wenig Wirkung zeigte. Ironischerweise importierte die Politik bald das systemische Denken durch den Rückgriff auf systemische Beratungsagenturen. Dort fielen seine Vorschläge auf fruchtbareren Boden, so die Selbstwahrnehmung Luhmanns. Er etablierte nicht nur einen kontinuierlichen Austausch mit einer Gruppe österreichischer Berater:innen, sondern flog etwa auch nach Mexiko, um dort Manager:innen in systemischem Denken zu beraten.³¹¹ Ende der 1980er Jahre witzelte Luhmann, dass inzwischen sogar die Unternehmensberatungen theoretisch weiter seien als die politikwissenschaftliche Handlungstheorie.³¹²

Auf theoretischer Ebene verläuft ein ähnlicher Wandel, der Luhmann von einer gesellschaftstheoretisch fundierten Skepsis hin zu einer sozialtheoretisch untermauerten Unmöglichkeit von politischer Steuerung führte. Damit entstand ein Problem in der politischen Theorie Luhmanns: Zwar vertrat er immer wieder die Position, dass das politische System in der Gesellschaft die Funktion hat, kollektiv verbindlich entscheiden zu können. Das System – und mit ihm der Staat als Ort der Ausfertigung dieser Entscheidungen – war daher unabkömmlich. Aber wie werden kollektiv verbindliche Entscheidungen durchgesetzt, wenn dem System gesellschafts- oder sozialtheoretisch Eingriffe in andere Systeme untersagt sind? Läuft das politische System so nicht leer?

309 Luhmann: »Unterwachung oder Die Kunst, Vorgesetzte zu lenken«, S. 96f.; Luhmann: »Klassische Theorie der Macht«, S. 161.

310 Kühl: »Die fast unvermeidliche Trivialisierung der Systemtheorie in der Praxis«, S. 327.

311 Siehe die Berichte zur Beratungstätigkeit von Luhmann: »That's not my problem«, S. 24–27; Königswieser: »Gefühle spielen doch eine Rolle!«; Wimmer: »Begegnungen mit Beratern«; Glanville: »Scenes«.

312 Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 7.

Auf dieses Problem machte ihn auch die Handlungstheorie aufmerksam. Fritz Scharpf wies Luhmann darauf hin, dass die Relevanz kollektiv verbindlichen Entscheidens bei ihm völlig unklar sei. Letztlich verflache Politik doch derart, dass sie nur noch *politics* sei, aber nicht mehr *polity* oder gar *policy*. Politik verliere bei ihm jede institutionelle oder programmatische Relevanz.³¹³ Dieser Relevanzverlust der institutionellen Prozesse wurde infolge der Krisen und dann nach dem Ende der Sowjetunion von zwei Seiten diagnostiziert und vielfach begrüßt: Von unten sahen Forschende und politisch Engagierte gleichermaßen das Ende der staatlichen Politik durch ›Subpolitik‹ kommen, und von oben löse sich der Staat durch Globalisierungsprozesse langsam auf.³¹⁴

Luhmann reagierte auf beide Herausforderungen, die theoretische und die ideenpolitische. In seiner Auseinandersetzung mit Fritz Scharpf verbuchte er zunächst einmal den großen Erfolg, den kybernetische Theorien in den zurückliegenden Jahren gehabt hatten. Sie hatten »ein blasses, begrifflich unscharfes, aber traditionsgesättigtes Konzept der ›Herrschaft‹« abgelöst und die Aufmerksamkeit auf die Grenzen der Steuerung gelenkt.³¹⁵ Luhmann wusste, dass die kybernetischen Theorien auch auf die handlungs- und steuerungstheoretischen Gegenseite Eindruck gemacht und diese zu Korrekturen gezwungen hatten.³¹⁶

313 Scharpf: »Politische Steuerung und Politische Institutionen«, S. 10-12. Er deckte weitere Widersprüche auf, zum Beispiel dass Luhmann Adressaten von Steuerung oft für sehr steuerbar halte, während er Politik für steuerungsunfähig halte (S. 16f.). Allerdings geht seine Kritik teils an Luhmann vorbei, weil er zum Beispiel nicht sieht, dass dieser das politische System nicht als ein Nullsummenspiel konzipiert. Scharpfs Plädoyer lautet, die Funktion kollektiver Entscheidung in Kollektivgütern zu verorten und Politik spieltheoretisch zu konzipieren. Scharpf, der ursprünglich aus der rationalistischen Planungstheorie kam, übernahm damit neoliberale Konzepte, die er immer wieder in die Diskussion einbrachte. Man kann hier sehr gut die zwei Richtungen der Erneuerung nach den Krisen der 1970er Jahren beobachten. Diese spiegeln sich in den zwei Richtungen des Neoinstitutionalismus, der neoliberalismnahe RC-Theorien (Scharpf) und Netzwerk-Theorien anbietet. Luhmann stand dabei eher aufseiten der Netzwerk-Theorien und kritisierte Scharpfs Rationalitätsglauben: »Heute lösen sich [...] die Hoffnungen auf eine rationale Kalkulation des Risikos auf«. (Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 7).

314 Die Bezüge sind explizit Aufhänger bei Luhmann: »Das Ende der alteuropäischen Politik«; Luhmann: »Die Unbeliebtheit der politischen Parteien«; Luhmann: »Metamorphosen des Staates«; Luhmann: »Staat und Staatsräson im Übergang von traditionaler Herrschaft zu moderner Politik«. Zusammen mit den größeren, teils unveröffentlichten Schriften der Zeit entstand so ein Torso neuer Auseinandersetzung mit dem politischen System. Vgl. zur oben/unten-Formulierung und zu diesem Kontext Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 276-286, der auch einzelne Positionen nachzeichnet (z.B. Ulrich Beck).

315 Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 4; s.a. Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 50.

316 Vgl. in einer allgemeinen Würdigung Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 234.

Andererseits schien auch sie einen Treffer gelandet zu haben, denn Luhmann nahm nun die Radikalität seiner Steuerungsaversion zurück: »Mein Argument ist nun nicht, daß Steuerung ein schrecklicher Irrtum ist und besser unterbleiben sollte.«³¹⁷ Man brauche aber eine Theorie, die die Probleme von Gleichzeitigkeit, Differenz und Komplexität berücksichtigt, forderte Luhmann. In seinen Antworten auf die Gegenseite machte Luhmann dann zwei Punkte stark.

Die erste Argumentationslinie nahm eine Idee auf, die er schon in *Ökologische Kommunikation* angerissen hatte: Der Staat wird hier als die Selbstbeschreibungsformel des politischen Systems vorgestellt, die Einheit und Kontinuität suggeriert, wo freilich operativ weder Einheit noch Kontinuität ist. Während Luhmann diese Selbstbeschreibungsformel andernorts ja gerne auch attackierte, kam ihr hier eine latente Funktion zu: »Der« Staat diene den anderen sozialen Systemen als Adresse für Probleme und als Symbol, auf das man sich in der Kommunikation beziehen konnte. Auf diese Weise absorbiere schon die Rede vom Staat Unsicherheit.³¹⁸

Während die erste Argumentationslinie Steuerung mittels rhetorischer Irritation oder Beschwichtigung dachte, öffnete die zweite Argumentationslinie einen Weg für effektives Steuerungshandeln. Luhmann präsentierte nämlich den Staat nun selbst als Organisation. Diese Organisationsperspektive veränderte Luhmanns Blick auf die *Binnendifferenzierung* des politischen Systems. Einerseits wird der Bereich des Politischen nun explizit auf alle Kommunikationen ausgeweitet, die sich auf kollektiv verbindliche Entscheidungen beziehen; andererseits rückt gerade dadurch der Staat wieder ins Zentrum des politischen Systems, weil er die einzige Organisation sei, die verbindliche Entscheidungen ausfertige; alle anderen Organisationen wie Parteien oder Interessensgruppen befinden sich mehr oder weniger weit davon entfernt. Das politische System erhält auf diese Weise eine Zentrum-Peripherie-Differenzierung, die Luhmann aber explizit nicht als Hierarchie verstanden wissen will.³¹⁹

Den Staat als Organisation zu definieren, bot Luhmann außerdem die Möglichkeit, die *Umweltbeziehungen* neu zu formulieren. Dafür führte er kurzerhand eine Unterscheidung ein: Seine resolute Steuerungskritik habe sich auf die Steuerung von Funktionssystemen bezogen, auf der Ebene von Organisationssystemen sei dies eine andere Sache. Organisationen können demnach direkt mit anderen Organisationen und sogar über Funktionsgrenzen hinweg kommunizieren.³²⁰ Das

317 Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 7.

318 Siehe z.B. Luhmann: »Staat und Politik«, S. 95-100; Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 122-128. Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 247-249, 259-260.

319 Siehe Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 852f.; Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 244f. Vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 238-247 (insb. S. 244f.).

320 Siehe Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 826-847 (insb. S. 840-847); Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 241-243; Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemein-

ergibt natürlich ein immenses Potenzial für Verhandlungs- und Steuerungsversuche zwischen Organisationen, die dem politischen System angehören, sobald sie mit dessen Zentralorganisation, dem Staat, ausgetragen werden.

Diese Überlegungen haben viele in Luhmanns Nachfolge nicht überzeugt, weil sie in ihrer Ansicht quer zur Systemtheorie stehen und Luhmann dabei deutlich zu nah an Handlungs- und Entdifferenzierungstheorien heranrücke.³²¹ Dennoch bleiben auch Organisationen autopoietische Systeme, die selbstreferentielle komplexe Netzwerke sind und in die daher nicht einfach fremdreferenziell eingegriffen werden kann. Die Frage ist also, *wie* (politische) Steuerung funktionieren kann, wenn der direkte Durchgriff nach wie vor versperrt ist.

Luhmanns sehr vager Vorschlag ist, Steuerung nur noch als *Differenzsteuerung* zu theoretisieren. Die Idee der Differenzsteuerung kommt – wie könnte es anders sein – aus Thermodynamik und Elektrotechnik. Eine Differenzsteuerung vergleicht Differenzen (also zum Beispiel Temperaturen) daraufhin, ob Energie von einem Ort zu einem anderen transportiert werden kann, und schaltet dann erst eine Aktion ein (zum Beispiel eine Pumpe). Diese Idee übertrug Luhmann (allerdings ohne weitere Erläuterung): »Das heißt: eine Chance, Problem zu werden, ergibt sich für eine Differenz nur dort, wo Möglichkeiten der Veränderung der Differenz erkennbar sind und es praktisch dann nur noch um Mobilisierung von Konsens und um Durchsetzung geht, also um spezifisch politische Könnerschaft.«³²²

Diese Konzeption schloss an Luhmanns Vorschlag aus *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat* an: Wie restriktive Politik steuert Differenzsteuerung nur dann, wenn sie tatsächlich erfolgreich sein könnte. Damit versuchte Luhmann auch jetzt eine gewisse Ehrenrettung des Inkrementalismus, insofern man die Auswirkungen eines Schritts beobachtet, um die eigene Position neu zu bestimmen und die Richtung neu zu justieren. Seine Form des »Inkrementalismus« zielte aber explizit nicht auf eine kleinformatige Politik, nicht zuletzt weil die anstehenden Probleme durchaus groß seien.³²³ Vielmehr kennzeichne diesen Steuerungsstil, dass es eben nur um die »Spezifikation der Differenz« gehen könne und niemals um die »Festlegung künftiger Systemzustände«.³²⁴ Auch seiner Abgrenzung von fixen Steuerungszielen und teleologischen Regierungsprogrammen blieb Luhmann also treu.

wesens«, S. 52f.; vgl. Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 228–234 (insb. S. 233); allgemeiner auch Kneer: »Organisation und Gesellschaft«.

321 Vgl. Kneer: »Organisation und Gesellschaft«; Nassehi: »Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik«, S. 107–110. Darin eine (womöglich unzulässige) Annäherung zu sehen, macht aus systemtheoretischer Perspektive Sinn, denn auch Scharpf hatte Luhmann die Organisationsebene in seiner Kritik vorgeschlagen.

322 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 56.

323 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 57.

324 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 57. Noch 1989 hatte er die These aufgestellt, bei Differenzsteuerung ginge es immer um eine Differenzminderung;

Um die Optionen politischer Steuerung etwas konkreter zu machen, verwies Luhmann auf einen Vorschlag, den zwei seiner Schüler unter dem Begriff der *Kontextsteuerung* gemacht hatten.³²⁵ Gunther Teubner und Helmut Willke hatten ihren Vorschlag im direkten Anschluss an unterschiedliche kybernetische Überlegungen von Ashby über Todd LaPorte und Forrester bis zu Luhmann entwickelt. In einer »postmoderne[n]«³²⁶ und »post-liberalen Gesellschaft«³²⁷ sind demnach die Alternativen Markt und Staat unzureichend geworden. Stattdessen könnten sich die Teilbereiche die Rahmenbedingungen letztlich dezentral setzen: »Eine Stärkung der Teilbereichsautonomie und der Steuerungswirkung von Kontexten scheint möglich zu sein, wenn die Kontrolle der Kontrolle verlagert wird auf die Organisation der Interaktionsbeziehungen zwischen den Teilsystemen, etwa in der Form von Verhandlungssystemen.«³²⁸

Diese Idee war Teil eines sich gerade formierenden Diskurses, der auf die Regierbarkeitskrise und ihre neoliberale Therapie antwortete und seitdem unter dem Begriff *network governance* politikwissenschaftlich und politisch große Wirkmächtigkeit entfaltet hat. Wie in dem Papier von Teubner und Willke meint *network governance* dabei zunächst Netzwerke zu bilden, in denen sogenannte *stakeholder* miteinander interagieren, um so politische Rahmenbedingungen zu formulieren, anstatt das dem Staat zu überlassen.³²⁹ Andererseits wurde gleichzeitig das Netzwerk als eine Organisationsform jenseits von Hierarchie und Markt etabliert, die auch andernorts als in der Politik große Vorteile für die Steuerung von Prozessen mit sich bringe, weil sie Kooperation, gegenseitiges Lernen und den Transfer von Wissen und Innovationen fördert.³³⁰ In beiden Richtungen kommt die Suche nach einer institutionentheoretischen Erneuerung mit einer Organisationstheorie zusammen, die ihrerseits die Kybernetik schon seit dem Zweiten Weltkrieg intensiv rezipierte.³³¹

Luhmann wiederum lobte den Vorschlag zur Kontextsteuerung, weil er »die selbstorganisierte Sensitivität der Funktionssysteme« ausnutze, um ein Konzept der Steuerung zu entwerfen, das »weder Transparenz der Wirkungsketten noch

1993 sprach er hingegen von »Vergrößerung oder Verringerung spezifischer Differenzen« (S. 56; zum Vergleich dagegen Luhmann: »Politische Steuerung«, S. 5f.).

325 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 55. Das Verhältnis von Organisationsperspektive und Differenzsteuerung ebenso wie von Differenzsteuerung und Kontextsteuerung blieb allerdings unbestimmt.

326 Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, S. 20.

327 Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, Zitat S. 31; zur Argumentation S. 15-33.

328 Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, S. 30 (Hervorhebung entfernt).

329 Dafür bereits Teubner/Willke: »Kontext und Autonomie«, S. 30.

330 Klassisch zu dieser Debatte der neoinstitutionalistische Vorschlag von Powell: »Neither Market nor Hierarchy«; vgl. dazu den Vorschlag von Teubner: »The Many-Headed Hydra«.

331 Vgl. Schreyögg: *Organisation*, S. 67-81; Hasse/Krücken: *Neo-Institutionalismus*.

Prognostizierbarkeit der Erfolge vorsieht«. ³³² In seiner Sicht bildet sich in den Funktionssystemen ein »Netzwerk[] der Organisationen«, das eine Eigendynamik entfaltet. ³³³ Weder bestimmen dabei die Funktionssysteme die Organisationen noch die Organisationen die Funktionssysteme. Auch ihr Verhältnis müsse man vielmehr wieder über »eine Art Netzwerk-Konzept« begreifen. ³³⁴ Dieser mehrfache, teils unscharfe Gebrauch des Netzwerk-Begriffs ist freilich ein typisches Vorgehen, wenn man einmal die konnexionistische Epistemologie übernommen hat.

Mit seinen tastenden Überlegungen zum Wo und Wie von Steuerung bewegte sich Luhmann auf den neu entstehenden Diskurs zu. Dabei vermerkte er sogar, dass Handlungs- und Systemtheorie konvergieren. ³³⁵ Vor allem stellten beide die Folgen der Interdependenz in Rechnung – die eine über die nicht-intendierten Nebenfolgen des Handelns, die andere im Begriff des evolutionären Risikos. Auf diese Problemstellung reagierten laut Luhmann auch die neuen Vorschläge zu Differenzsteuerung und provisorischer Verständigung. Dass die Risikoproblematik mit dem »Altwerden der funktionalen Differenzierung« ³³⁶ immer dominanter werden würde, glaubte Luhmann schon seit *Ökologische Kommunikation*. Daher leitete er auch das Was politischer Steuerung von dieser Problemstellung ab: Risikomanagement, so Luhmanns Vermutung, würde das große Thema des Staates nach dem Ende des Wohlfahrtsstaates werden. ³³⁷

Wie die obigen Vorschläge bleibt auch diese Idee relativ vage. Luhmann argumentierte, dass bei denen, die von den unschönen Folgen hoher Interdependenz betroffen sind, der Anspruch entstehe, vor den Risiken funktionaler Differenzierung geschützt zu werden. Dafür fehlen aber letztlich die Mittel, weil sowohl das Entscheiden als auch das Nicht-Entscheiden Risiken beinhalte. Daher

332 Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 55.

333 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 842.

334 Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Zitat S. 846, insg. S. 842-846. Der erkennbar expansive Gebrauch des Netzwerk-Begriffs führt auch zu interessanten Distinktionsproblemen, wenn etwa Organisationen komplexe Kommunikationsnetzwerke sind, aber im Gegensatz zu Protestbewegungen nicht »netzwerkförmig« organisiert seien (S. 851).

335 Hier wie im Folgenden Luhmann: »Politische Steuerungsfähigkeit eines Gemeinwesens«, S. 59-63. Diese Konvergenz steht hinter der vielfach beklagten Konventionalität des späten Luhmann, so etwa bei Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 240f.; Kastner: »Luhmanns Souveränitätsparadox«, S. 75. Neben den Produkten seiner Schüler (Willke, Teubner, Ladeur) rezipierte er insbesondere den »soziologischen Neoinstitutionalismus« von March, Olsen und Brunsson. Dieser Neoinstitutionalismus wiederum teilte viele Prämissen mit Luhmann, was an der gemeinsamen Grundierung in der kybernetischen Regelungstheorie liegt.

336 Schimank: »Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinflationen und Exklusionsverkettungen«, S. 132, in Anlehnung an Luhmann: *Soziale Systeme*, S. 516.

337 So seine Antwort auf die selbstgestellte Frage, »welche Rolle [...] der Staat künftig spielen kann«; siehe Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, Zitat S. 116, insg. S. 113-118.

würden »Risikomanagement und die laufende Erneuerung von Sicherheits- und Kontrollillusionen ein Hauptproblem künftiger Politik werden«. ³³⁸ Hieran lassen sich dann Luhmanns Steuerungsoptionen anschließen: Während das Risikomanagement mithilfe von Differenzsteuerung und Organisationsnetzwerken angegangen werden konnte, war die utopische Rede vom ›Staat‹ eine Strategie, um für die Betroffenen Sicherheit zu simulieren.

Mit diesem Ausblick hatte Luhmann den Staat gegen die Idee verteidigt, er würde ›von unten‹, von den Betroffenen, aufgelöst werden. ³³⁹ In ähnlicher Weise galt dies auch ›von oben‹, weil die funktional differenzierte Weltgesellschaft auch global neue Probleme produziere, wie zum Beispiel »Migrationsbewegungen von riesigem Ausmaße« und die »Entstehung religiöser bzw. ethnischer Fundamentalismen als Reaktion auf Globalisierungen«. ³⁴⁰ Der Regionalstaat »ist und bleibt unentbehrlich«, formulierte Luhmann scharf. ³⁴¹ Die regionale Autonomie sei notwendig, weil man *erstens* kollektiv bindende Entscheidungen nur durch lokale Organisationen durchsetzen kann. Um dabei Konsenschancen zu erhalten, müsse man sich *zweitens* auch an regionale Besonderheiten anpassen können. Man brauche den Staat als »organisierte Kommunikationskompetenz«. ³⁴²

Luhmann sprach in seinem Aufsatz über die zukünftige Rolle des Staates daher sehr treffend von einer Metamorphose, also einem Formwandel. Seinen Erzählungen zufolge war der Staat stets in erster Linie ein Sicherheitsgarant, und diese Rolle sollte er auch in Zukunft spielen. Dafür brauchte er aber eine Form, die der Weltgesellschaft angemessen ist. Die alten Formen der Souveränität kamen hier nicht mehr in Frage, »[w]eder in der Form von ›Herrschaft‹ noch in der Form von ›Kultur‹ oder ›Werten‹«. ³⁴³ Denn die Weltgesellschaft ist »eine heterarchische, konnexionistische, netzwerkartige Verknüpfung von Kommunikationen auf der Ebene von Organisationen und Professionen – ein Typus, der sich durch den Gebrauch von Computern in Zukunft noch verstärken wird.« ³⁴⁴ Die neue Form der Staaten fügt sich in diese Netzwerk-Metaphorik ein: Sie sind hier nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die »regionale[n] Adressen einer Weltgesellschaft, die in sich selbst für die Erfüllung der politischen Funktion zu sorgen hat«. ³⁴⁵ In Luhmanns Analogie zum Computer: Sie sind IP-Adressen im Netzwerk.

338 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117.

339 Vgl. nochmals Lange: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, S. 285f.

340 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 118.

341 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 118.

342 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 227.

343 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 221.

344 Luhmann: *Die Politik der Gesellschaft*, S. 221. Wichtigkeit zeigt sich hier in Redundanz: Diese Stelle findet sich nahezu identisch auch in Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117, und Luhmann: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, S. 31.

345 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 117.

Diese neue Form des Staates habe mit der Souveränität nichts mehr zu tun, proklamierte Luhmann. Auch in seinen Überlegungen zur Zukunft des Staates blieb sein Appell gegen die alten Semantiken der Nachkriegszeit klar und deutlich: »Der ›Geist‹ hat sie verlassen. In einer solchen Umbruchsituation muß auch über Begriffe neu disponiert werden.«³⁴⁶ Und er war optimistisch: »Man kann durchaus erkennen, daß die allgemeine intellektuelle Diskussion am Ende dieses Jahrhunderts dafür Handhaben bietet.«³⁴⁷ Diese Handhaben kamen aus dem kybernetischen Denken in Systemen und Netzwerken.

346 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 131.

347 Luhmann: »Metamorphosen des Staates«, S. 131.

